die Deutsche Volkspartei, in Preußen gröblichst vor den Kopf zu stoßen.

Eine dritte Möglichkeit zur preußischen Regierungsbildung war die gleiche Minderheits-Koalition wie im Reiche. Dieser Weg ist in der gegenwärtigen Stunde insbesondere aus innerpolitischen Gründen nicht gangbar. Das außerordentlich wichtige Überschichtenabkommen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist noch in der Schwebe. Zwischen Unternehmern und Arbeitern sind dabei noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Beim Inkrafttreten der Sanktionen steht Deutschland sodann vor einer so gewaltigen Arbeitslosigkeit wie noch nie in seiner Geschichte. Das sind nur zwei der wichtigsten Punkte, die hier in Frage kommen. Bei solcher Sachlage ist es politisch nicht tragbar, die Sozialdemokratie vollständig außerhalb der unmittelbaren politisch parlamentarischen Verantwortung zu stellen.

Als vierte Möglichkeit verblieb die Bildung eines Geschäftsministeriums mit überwiegend politisch-parlamentarischem Einschlag, da mit Beamten allein die politisch anormalen Verhältnisse der Gegenwart nicht gemeistert werden können. Stegerwald glaubte, die großen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei dadurch ausgleichen zu können, daß er für die Sozialdemokratie drei, für die bürgerlichen Parteien fünf Ministerien vorsah, wovon zwei durch Beamte besetzt werden sollten, die treu zur Reichsverfassung und preußischen Verfassung stehen und im übrigen auch als der Deutschen Volkspartei genehm betrachtet werden konnten. Für diesen Fall hatte Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den andern Koalitionsparteien nicht für die Regierung zu stimmen brauche, aber auch nicht gegen sie stimmen dürfe, sondern weiße Zettel abgeben könnte. Dieses Ansinnen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt.

*

Das Zentrum und die Regierungsbildung.

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages billigte in ihrer letzten Sitzung die Haltung Stegerwalds und erklärte, daß weder er, noch die Fraktion, noch einzelne der Unterhändler des Zentrums sich irgendwie gegenüber den Sozialdemokraten gebunden hätten; derartige Behauptungen der sozialistischen Presse seien aus der Luft gegriffen. Man beschloß dann ferner, nach wie vor festzuhalten an ihrem Entschluß mit der Volkspartei zusammen in der Regierung zusammenzuarbeiten.

Neue Kampfansage der Kommunisten.

„Der infame Verrat der S. P. D."

Die trotz des Verbotes wieder erschienene „Rote Fahne" veröffentlicht einen Aufruf des Moskauer Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale „An die revolutionären Arbeiter Deutschlands". Er gedenkt der Märzaktion als des ersten geschlossenen Ansturms der revolutionären Proletarier Deutschlands, der aber infolge „infamen Verrats der S. P. D." und „offenen Übertritts der U. S. P. D. in das Lager der Konterrevolution" nicht geglückt sei. Aber, fährt der Aufruf fort, die Proletarier werden es „besser als bisher verstehen, den nächsten Kampf vorzubereiten". Ihr habt richtig gehandelt! Rüstet zu weiteren Kämpfen, lernt aus den Erfahrungen des letzten Kampfes und stärkt eure legalen und illegalen Organisationen." In ähnlichen Gedankengängen bewegt sich ein Artikel „Ihr habt recht gehandelt" im gleichen Blatte.

Amtliche Denkschrift über die Märzunruhen.

Anläßlich der Verhandlungen im preußischen Landtage über die Märzunruhen in Mitteldeutschland ist vom preußischen Ministerium des Innern eine Denkschrift mit einem Beiheft vorbereitet worden. Der Hauptteil der Denkschrift enthält die Darstellung der Bekämpfung des Aufruhrs in der Wiedergabe wichtiger von der Staatsregierung und der Leitung im gefährdeten Gebiet getroffenen Anordnungen, ergänzt durch Tätigkeitsberichte der Schutzpolizei. Anschließend folgt eine Zusammenstellung von Erfahrungen und Bemerkungen. Danach haben die Kämpfe erneut bewiesen, daß die Bewaffnung der Schutzpolizei völlig unzureichend ist, da die Aufrührer weit besser ausgerüstet waren. Das Beiheft schildert die Entwicklung von der Schutzmannschaft zur Schutzpolizei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Waffen der bayerischen Einwohnerwehr.

Im Finanzausschuß des bayerischen Landtages wurde die Einwohnerwehr-Debatte fortgesetzt. Staatssekretär Dr. Schweyer stellte fest, die gegenwärtige Stärke der Einwohnerwehr betrage 320 000 Mann. An Waffen seien vorhanden 240 000 Gewehre und Karabiner, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 34 Minenwerfer. Diese Bewaffnung der Einwohnerwehr, die übrigens vorschriftsmäßig angemeldet sei, bedeute sicherlich keine politische Gefahr. Nur 10 Prozent ehemaliger Offiziere befänden sich unter den Führern. Eine Verwendung außerhalb des Landes sei ausgeschlossen. Die Staatsregierung und Einwohnerwehr seien sich einig, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehr eine Frage der Zeit sei. Die Notwehrmaßnahme der Einwohnerwehr sei hinfällig, sobald die staatlichen Sicherheitseinrichtungen so weit gekräftigt seien, daß sie als entbehrlich erscheinen könne. Solange das aber nicht der Fall ist, würde die bayerische Regierung durch Preisgabe des Selbstschutzes eine große Verantwortung auf sich laden.

481 deutsche Lokomotiven für Polen.

Nach dem Beschluß der Reparationskommission muß Deutschland an Polen für die Bahnstrecken des früheren preußischen Anteils noch 481 Lokomotiven abgeben. Auf Verlangen des Bevollmächtigten der polnischen Regierung, Ingenieur Alfred Falter, hat der Präsident der Kommission, der japanische Delegierte Fujita Tanaka, entschieden, daß 354 Lokomotiven in gutem Zustande umgehend abgegeben werden müssen und der Rest von 127 Lokomotiven nach erfolgter Reparatur in deutschen Werkstätten. Gegen diese Entscheidung hat die deutsche Regierung Einspruch erhoben, den aber die Botschafterkonferenz in Paris zurückgewiesen hat.

Landeshauptmann Oeser.

Der sächsische Provinziallandtag wählte den bisherigen preußischen Eisenbahnminister, den demokratischen Landtagsabgeordneten Oeser, auf 12 Jahre zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen. Er erhielt 52 Stimmen der Demokraten, des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen. Sein Gegenkandidat, Landrat Wegener, erhielt 39 Stimmen der Rechtsparteien.

Frankreich.

× **Die Ausfuhrtaxe vor der französischen Kammer.** Der französischen Kammer lag der Gesetzentwurf über die Einführung der 50prozentigen Ausfuhrabgabe vor. Die deutsche Regierung, sagt der Berichterstatter, scheint entschlossen zu sein, die Wirkung der 50prozentigen Ausfuhrtaxe aufzuheben. Deshalb müßten neue Maßnahmen in Aussicht gestellt werden, um dem schlechten Willen Deutschlands in dieser Hinsicht zu begegnen. Alle Redner sprachen sich in der entschiedensten Weise gegen den Regierungsentwurf aus, da dieser gegen die Interessen Frankreichs gerichtet und nur denen Englands dienlich sei. Die unausbleibliche Folge werde die Verteuerung der Lebenshaltung in Frankreich sein. Der französische Verbraucher werde es in Zukunft sein, der die Lasten dieser Taxe zu tragen haben werde. Wenn man Bedarf nach deutschen Erzeugnissen haben werde, so werde man den Forderungen der deutschen Verkäufer nachgeben und die 50prozentige Taxe durch die französischen Importeure zahlen lassen müssen, andernfalls sei man gezwungen, die Waren aus Ländern mit höherer Valuta, wie z. B. aus England, zu beziehen. Schließlich gab der Abgeordnete Poech der Befürchtung Ausdruck, daß Deutschland die Waren in neutralen Ländern werde umarbeiten lassen, um so den Wirkungen der Abgabe zu entgehen.

Amerika.

× **Inseln statt Barzahlung.** Die im amerikanischen Kongreß eingebrachte Resolution, die anfragt, ob England einen Teil der Antillen im Austausch gegen seine amerikanische Schuld abtreten würde, enthält auch die Frage, ob Frankreich ein gleiches hinsichtlich der französischen Antillen zu tun bereit wäre. Über die Resolution ist noch nicht abgestimmt worden, aber es wird gegenwärtig über sie beraten.

Die sächs. Regierung zur Milchbewirtschaftung.

Vom Wirtschaftsministerium wird uns geschrieben:

Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister, die am Montag, den 18. April in Bremen stattfindet, wird sich mit der Frage einer Umstellung der Milchwirtschaft befassen. Von der Reichsregierung ist die Einführung von sogenannten Milchlieferungsverträgen zur Erwägung gestellt worden; es ist aber zweifelhaft, ob dieses Vorhaben zur Durchführung gelangt. Jede Umstellung des bestehenden Systems würde zugleich seine Lockerung bedeuten; die Frage der völligen Aufgabe der Zwangswirtschaft würde dadurch in unmittelbare Nähe gerückt werden. Die sächs. Regierung muß sich im Interesse der Bevölkerung jedem Gedanken einer Aufhebung oder auch nur Lockerung der Bewirtschaftung für Milch und Milcherzeugnisse mit aller Entschiedenheit widersetzen. Maßgebend für diesen Standpunkt ist nicht etwa die Versorgung mit Butter, sondern die der Kranken, Kinder, werdenden und stillenden Mütter mit Milch. Bei freier Wirtschaft richten sich die Milchpreise nach den Butterpreisen. Solange infolge der gegebenen Valutaverhältnisse eine Einfuhr von Butter zu niedrigeren Preisen in erheblichem Umfange unmöglich ist, würde deshalb die Freigabe der Milch und Milcherzeugnisse eine weitere Verteuerung der Milch zur Folge haben. Dem aber glaubt die sächsische Regierung, insbesondere mit Rücksicht auf Kreise wie die der Erwerbslosen, der Kleinrentner usw. keinesfalls das Wort reden zu können.

Der Standpunkt des Wirtschaftsministeriums wird in weiten Bevölkerungskreisen nicht geteilt. Es mag ja verständlich sein, daß den Kindern, den Erwerbslosen, den stillenden Müttern, und wer sonst noch zu den Milchbevorzugten gehört, ein gewisses Quantum Milch zugeteilt wird, aber es darf auch nicht verkannt werden, daß unter dem werktätigen Volke aller Schichten Leute vorhanden sind, die seit fünf bis sechs Jahren keine Milch mehr erhalten haben. Viele unter ihnen bedürfen zu ihrer Kräftigung ebenfalls der Milchernährung, können aber nicht nutzlos für teures Geld beim Arzte einen Antrag stellen, während unter den bisherigen Bevorzugten so manches die Milchernährung auf eine Zeit lang zugunsten der anderen entbehren könnte.

Sachsens schlimme Finanzlage.

Der sächsische Finanzminister Heldt machte in einer Unterredung über die Lage der sächsischen Staatsfinanzen u. a. folgende Mitteilungen, die ein recht trübes Bild von dem Stande der finanziellen Leistungsfähigkeit Sachsens entwerfen. Er führte u. a. aus:

„Von der Milliarde, die Sachsen vom Reich erhalten soll, gehen 500 Millionen an die Gemeinden. Es bleiben dem Staat also ebenfalls 500 Millionen, von denen aber noch etwa 10% an den Ausgleichsstock abzuführen sind. Der wirkliche Betrag, der dem Staat demgemäß zur Verfügung steht, sind etwa 450 Millionen. Da nun der Staat zur Bezahlung der Beamtengehälter 660 Millionen braucht, so liegt es klar auf der Hand, daß uns mit kleinen Hilfen nicht gedient ist."

Auf die Frage, wie der Finanzminister glaubte, die fehlenden 210 Millionen Mark decken zu können, erklärte er:

„Ich habe schon vor kurzem im sächsischen Landtag mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß eine Politik, die sogar auf gewisse Nachzahlungen auf die Beamtengehälter hinausgeht, unter keinen Umständen meine Billigung finden wird, und ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß ich unter Umständen nicht mehr in der Lage sein werde, die Beamtengehälter auszuzahlen. Das war durchaus keine Redensart. Ich habe mit vollem Bewußtsein in Bezug auf die Beamten gesagt: „Wenn das so weiter geht, dann müssen wir uns eben trennen." Ich weiß sehr wohl, daß die Staatsbeamten rechtliche Ansprüche haben, aber es würde mir nichts anderes übrig bleiben, als an sie die Aufforderung ergehen zu lassen, ihre Rechte geltend zu machen. Ich erkenne diese Rechte durchaus an, aber wie soll ich zahlen, wenn ich keine Mittel habe? Es müssen eben Wege gefunden werden, um die fehlenden Millionen aufzutreiben, wenn es nicht anders geht, durch eine neue steuerliche Belastung der Bevölkerung. Vor allem aber durch allergrößte Sparsamkeit, besonders durch Zurückstellung aller Ausgaben, die nicht unbedingt zur Lebensnotwendigkeit des Staates gehören. Ich bin fest entschlossen, wenn es die Not erfordern sollte, in den Etatsaufstellungen der sächsischen Ministerien wesentliche Abstriche, unter Umständen bis zu fünfzig Prozent zu machen, und es den Ministerien zu überlassen, sich so gut als möglich zu behelfen. Unbedingtes Erfordernis für ein einigermaßen erträgliches Weitervegetieren — denn von mehr kann zurzeit ja sowieso nicht die Rede sein — ist es aber, daß wir vom Reich diejenige Summe ersetzt erhalten, die uns durch die Aenderung des Reichssteuergesetzes verloren geht. Es zeigt sich eben jetzt immer mehr, daß, so sehr man den unitarischen Gedanken in politischer Hinsicht anerkennen muß, die Zentralisierung in wirtschaftlicher Hinsicht für die Länder im allgemeinen, für Sachsen aber im besonderen nachteilig wirken kann.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 16. April 1921.

Merkblatt für den 16. April.

Sonnenaufgang	5⁰⁰	Mondaufgang	12⁰¹ N.
Sonnenuntergang	6⁰⁰	Monduntergang	1⁰⁰ V.

1767 Satiriker Karl Julius Weber geb. — 1906 Maler Fritz Werner gest.

Wochenschau.

Die ersten Tage der Woche klangen wieder einmal im Zeichen unseres Jahrmarktes aus. Viel war auch diesmal von einem eigentlichen Markt nicht zu merken. Die wenigen Kaufstände mit Zuckerwerk und Würstchen, die kleinen Läger allerlei Krams würden kaum die Besucher angelockt haben. Dazu bedarf es nach altem Brauch der Schaubuden, die in Gestalt eines Panoramas diesmal vertreten waren. Daß die Karussells in drei Gattungen und auch eine Luftschaukel am Platze waren, wurde von dem hauptsächlich aus Kindern bestehenden Publikum besonders freudig empfunden. Die Unternehmer werden vermutlich mit den Einnahmen zufrieden sein. Das waren zweifellos auch die Jahrmarktsmusikanten, die, fleißig die Stadt durchziehend, ihre mehr oder weniger melodischen Weisen in so knappen Portionen zu verabreichen verstanden, als gelte es einen Rekord aufzustellen, wieviel Töne und Mißtöne man in einer Stunde produzieren kann. Die Anwohner gaben gern und eine freiw. Sammlerkolonne jüngster Naunhofer erleichterte das anstrengende Kassegeschäft. Bald darauf erschien eine Drehorgel an der Ecke, deren Repertoire an Mannigfaltigkeit nichts zu wünschen übrig ließ, denn nach einem Marsch ertönte feierlich das getragene „Großer Gott, wir loben dich" um sich alsogleich in das Lied von der Liebesschaukel umzuwandeln. Der Mann versteht offenbar sein Publikum. Der Marktkanz, einst unter der Linde gesprungen, wird jetzt stilvoll bei elektrischer Beleuchtung gehüpft, geschoben und gewackelt und der Rathaussaal ist die Stätte dieser reizvollen Vergnügung. Daß im Rathaussaal aber auch ernstere Arbeit geleistet wird, bei der die schönen Augen und schwellenden Formen nicht Triumphe feiern, geht aus den kurz gehaltenen Protokollen der Sitzungen hervor. Nicht immer sind deren Ergebnisse allgemein befriedigend. So brachte die letzte Sitzung vielen eine Enttäuschung. Eine lang gehegte Hoffnung eines großen Teiles unserer Einwohnerschaft zerrann durch die Ablehnung des Autoverkehrs mit Liebertwolkwitz. Wenn auch für die ganze Strecke, bis nach Leipzig, im allgemeinen das Interesse nicht übergroß gewesen sein mag, so hätte man doch eine Verbindung mit der Bahnlinie Liebertwolkwitz freudig begrüßt. Daß auch der Verkehr mit den einzelnen Dörfern belebt worden wäre, steht außer Zweifel. Bedauerlich, daß durch deren ablehnende Haltung auch die Stellungnahme unserer Gemeindevertretung bedingt war. Schließlich vertragen ja auch unsere Finanzen nicht eine ständige Neubelastung. Nach Kenntnis aller der dringendsten Aufgaben, die unserer harren, erscheint in vielen an sich sehr wünschenswerten Dingen eine weise Zurückhaltung nur angebracht. Der Sonntag führt uns zum Gedächtnis des großen Reformators Luther. Es ist bereits von anderer Seite auf den Festgottesdienst hingewiesen worden, erwähnt sei aber nochmals, daß am Montag im Saale des „Goldenen Stern" eine würdige Feier abgehalten werden soll, deren durch musikalische Darbietungen eingerahmter Hauptinhalt in einem interessanten Vortrag bestehen wird. Möchte die Beteiligung eine allgemeine sein, damit der schöne Zweck, den Gemütern Erhebung zu bringen und die Getreuen der Kirche zur gemeinsamen Begehung eines der wichtigsten Tage unserer protestantischen Geschichte zu sammeln, voll erreicht wird. F. G. D.

— **Naunhof.** Zu der morgen Sonntag in der Kirche stattfindenden Lutherfeier singt der freiw. Kirchenchor. „5. Mose 31, Vers 6. Motette von Gurke."

× **Naunhof.** Der Bandonion-Club veranstaltet morgen Sonntag von 5 Uhr an im Ratskeller einen Konzert- und Ballabend, zu dem alle Freunde und Gönner dieser Musikervereinigung herzlichst eingeladen sind. Die Vortragsfolge zum Konzert ist eine gutgewählte und verweisen wir ganz besonders auf das Solostück für Bandonion und Violine „Chinesische Straßenserenade". Einen weiteren Anziehungspunkt des Abends dürfte noch die angekündigte Ueberraschungs-Polonaise bilden. Nach diesem allem zu urteilen, steht den Besuchern ein angenehmer Unterhaltungsabend in Aussicht.

— **Naunhof.** Für die Mitglieder des Gewerbeverbandes findet kommenden Montag in Grimma die Jahres-Hauptversammlung statt, in welcher außer der üblichen Tagesordnung äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen. Es ist dringend geboten, daß diese Versammlung stark besucht wird, das Handwerk hat allen Grund, seine Lage zu verbessern und dazu gehört, daß sich seine Vertreter rühren. Man achte auf die im Anzeigenteil befindliche Einladung.

— **Naunhof.** Das Fußballspiel hat bei uns einen Umfang angenommen, von dem sich früher kaum jemand etwas träumen ließ. Das beweist nicht nur die Rührigkeit der Vereine und die Masse der Zuschauer bei den Wettspielen, auch auf Straßen und Plätzen, erhält man davon eine Vorstellung. Man ist versucht, von einer „Fußball-Epidemie" zu sprechen und die Zeiten scheinen nicht mehr fern zu sein, daß der Fußballsport im öffentlichen Leben Deutschlands dieselbe Rolle spielt wie in England schon lange. Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß heute alle unsere Schulbuben im Besitz eines „Fußballes" sind, sei es auch nur der Ueberrest eines Kleidungsstückes, durch irgendein Füllsel wie Holzwolle, Sägemehl u. dgl. in eine annähernd runde Form gebracht. Daß die Jugend sich bemüht, möglichst sportgerecht zu spielen, kann jeder sehen, der ein Weilchen zuschaut, um den aufgeregten Kampf zu beobachten. Mag auch hie und da ein Auswuchs unterlaufen, im großen und ganzen ist diese Freude am Spiel eines der wenigen erfreulichen Zeichen, die unseren Zukunftshoffnungen geblieben sind.

— **Naunhof.** Den schönen warmen Apriltagen ist seit gestern eine recht merkliche Abkühlung gefolgt. Heute früh zeigte das Thermometer einen Grad Kälte an. Im übrigen nimmt die Trockenheit überhand. Es wäre sehr zu wünschen, daß nunmehr ein durchgehender Regen einträte.

— **Milchhöchstpreis.** In Verbraucherkreisen wird vielfach darüber geklagt, daß die für den Erzeuger festgesetzten Milchhöchstpreise überschritten werden. Die Erzeuger scheinen nämlich der Ueberzeugung zu sein, daß sie dann den für Händler bestimmten höheren Preis zu fordern berechtigt sind, wenn sie die Milch nicht im Stall, sondern in einem besonderen Verkaufsraume ihres Gutes an den Verbraucher abgeben. Diese Ansicht ist irrig. Die Errichtung einer besonderen Verkaufsstelle durch Gutsbesitzer in ihrem Gute berechtigt nicht, den Händlerpreis zu fordern. Das Verlangen von 2 Mk. bez. stellenweise von 2 Mk. 10 Pfg. für das Liter Milch durch Landwirte bedeutet eine glatte Höchstpreisüberschreitung. Der Erzeuger-Höchstpreis beträgt nach der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 3. März 1921 für 1 Liter Milch in Grimma, Wurzen und Borsdorf 1 Mk. 70 Pfg., in den übrigen Orten des Bezirkes 1 Mk. 45 Pfg.

Bei dieser Gelegenheit mag auch darauf hingewiesen werden, daß die Quarkhöchstpreise neuerdings häufig überschritten werden. Für 1 Pfund guten schnittfesten Quark darf der Erzeuger beim Verkaufe an den Aufkäufer oder Verbraucher nicht mehr als 2 Mk. 40 Pfg. verlangen. Die Aufkäufer oder Verbraucher, die diesen Preis überbieten, machen sich genau so strafbar, als die Verkäufer, die mehr fordern. Die Preisprüfungsstelle des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma bittet, ihr alle Fälle der Ueberschreitung von Höchstpreisen für Milch und Quark zur Weiterverfolgung unnachsichtlich anzuzeigen.

kyk. **Erholungsheime für ehem. Soldaten in Sachsen.** Der Sächsische Militärvereins-Bund besitzt und unterhält z. Zt. für Militärvereinsmitglieder zwei Erholungsheime, die sich eines guten Zuspruchs erfreuen. Das eine „Dr. Krug v. Nidda-Haus" genannt, ist bei Lauter im Erzgebirge am Nordhange des Schwarzwassertales gelegen und mit 38 Betten ausgestattet. Es wurde im vergangenen Jahre von 226 Personen mit 4100 Verpflegstagen benutzt. Das andere, „Windisch-Haus" genannt und vorzugsweise zur Aufnahme von Kriegsteilnehmern bestimmt, liegt auf der Dippoldishöhe oberhalb Dippoldiswalde, besitzt 41 Betten und wurde 1920 von 139 Personen mit 1845 Verpflegstagen besucht. Beide Heime sind Stiftungen hochherziger Gönner. Auf den Ausbau und